



Pressemitteilung

CDU-Politiker: Menschen und Weidetiere besser vor Wolf schützen!

Die Wolfssituation im Südschwarzwald bleibt angespannt. Aktuell sind erst wieder fünf tote Schafe in Todtnau entdeckt worden. Ob die Schafe dem Wolf zuzurechnen sind, wird aktuell untersucht. Die CDU-Abgeordneten Felix Schreiner und Sabine Hartmann-Müller sehen dringenden Handlungsbedarf. Spätestens mit dem ersten Rudel, das in der Region jetzt nachgewiesen wird, verschärft sich die Situation merklich.

Waldshut-Tiengen, 21.08.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



Vorige Woche war die jagd, wald- und forstpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Sarah Schweizer, vier Tage in der Region Schluchsee vor Ort, um mit Landwirten, Jägern und Bürgermeistern zu sprechen. Stationen waren u. a. ein Besuch bei den betroffenen Landwirten, ein Austausch mit den örtlichen Jägern auf Einladung von Hege- ringleiter Bruno Kaiser im Gasthof Bergblick, Gespräche mit Bürgermeister Thomas Kaiser und seinen Kollegen in Häusern sowie mit Vertretern der Aktionsgruppe Wolf rund um Landwirt Klaus Schuler.

„Im Südschwarzwald zeigt sich die unverzichtbare Rolle der Landwirte: Eine Offenhaltung der Steillagen, die Aufrechterhaltung von Artenvielfalt und Biodiversität bis in den letzten Winkel des Schwarzwaldes und die damit verbundene hohe touristische Attraktivität der Region sowie hochwertige regionale Fleischproduktion. Das alles wäre ohne Landwirte und Weidetierhaltung schlicht nicht denkbar,“ so Schweizer.

Deshalb müsse man die Bedenken der Landwirte vor Ort und die ganz praktischen Auswirkungen durch die Rückkehr des Wolfes ernst nehmen: „Wir dürfen kein Tier über alle anderen stellen. Hier im Südschwarzwald zeigt sich doch geradezu beispielhaft, wie das Zusammenspiel zwischen Landwirtschaft, Artenschutz und Tourismus funktionieren kann. Jeder Landwirt, der wegen dem Wolf aufhört, wird nicht wieder zurückkommen.“

Die Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Waldshut-Rheinfelden, Sabine Hartmann-Müller, bestätigt diese Auffassung. Sie hatte erst kürzlich einen entsprechenden parlamentarischen Antrag gestellt. Dabei wurde bekannt, dass es 2022 landesweit zu 20 Wolfsrissen gekommen ist. Mit sieben Wolfsrissen (allesamt auf Rinder) war der Landkreis Waldshut dabei besonders stark von der wachsenden Wolfspopulation im Schwarzwald betroffen.

Neben einer Bestandaufnahme der Wolfspopulation hat sich die CDU-Frau beim Umweltministerium auch nach den Kosten des Wolfsmanagements erkundigt. „Angesichts der wachsenden Wolfspopulation muss das Land immer mehr Geld für die Prävention und den Ausgleichsfonds aufbringen. Das sind Steuergelder, die wir im Falle einer aktiven Bejagung an anderer Stelle sinnvoller einsetzen könnten“, sagte Hartmann-Müller. „Im Jahr 2022 wurden durch den Ausgleichsfonds Wolf in Baden-Württemberg Entschädigungen in Höhe von 9.394,65 Euro ausgezahlt“, so die CDU-Abgeordnete weiter. Hiervon entfielen mit 6.984,65 Euro auf den Landkreis Waldshut und 1.950,00 Euro auf den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. „Wir müssen endlich beginnen, das Problem zu bekämpfen, statt immer nur die Symptome zu behandeln“, so Hartmann-Müller.

Auch Schweizer fordert, dass man beim Wolf jetzt zügig ins Handeln kommt. Der Vergleich mit anderen Bundesländern in Deutschland aber auch Österreich zeige, dass ab dem Zeitpunkt, ab dem das erste Rudel sesshaft wird, es mit dem Zuwachs weiterer Rudel sehr schnell gehen. „Mehr Wölfe heißen mehr Nutztierrisse. Da braucht man sich nichts vormachen. Deshalb braucht es klare und nachvollziehbare Regelungen, wie die Weidetierhalter ihre Nutztiere effektiv und zumutbar schützen können und wie auffällige oder übergriffige Wölfe schnell entnommen werden können“, so Schweizer.

Nach ihren Gesprächen vor Ort sei sie sicher, dass keiner hier etwas gegen einen Wolf habe, der im Wald bleibt und sich von Wildtieren ernährt. Sobald ein Wolf aber bei Nutztieren übergriffig werde, müsse er weg. Sonst sei das Gleichgewicht vor Ort ernsthaft gefährdet und die Politik verliere das Vertrauen die Menschen und Landwirte in der

Region. „In Brandenburg gibt es mit fast 50 Rudeln jedes Jahr rund 1.000 gerissene Nutztiere. Das werden wir für Baden-Württemberg nicht akzeptieren“, so Schweizer.

Vor wenigen Monaten hat das für den Wolf zuständige Umweltministerium ein neues Herdenschutzkonzept für Rinder vorgestellt, das unter Einbindung des BLHV, ausgewählter Landwirte und des Naturparks aktuell erprobt wird. Das Konzept sieht vor, dass in bestimmten Konstellationen eine kompakte Herdenführung oder wehrhaften Alttieren als ausreichender Wolfsschutz angesehen werden. Auf aufwändige Zäunungen oder Herdenschutzhunde kann dann verzichtet werden.

Nach Ansicht von Schweizer ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Denn keiner könne ein Interesse daran haben, dass der gesamte Südschwarzwald zugezäunt wird. Schweizer ist sich jedoch sicher, dass das nicht ausreichen wird. Die Regelungen des Zusammenspiels zwischen dem Wolf mit der Landwirtschaft müssten klarer definiert werden; auch im Interesse des Tourismus.

Klar sei aber auch, dass das Land Baden-Württemberg hier nur einen engen Handlungsspielraum hat, da eine Bestandsregulierung, wie dies bei anderen Wildtieren auch üblich ist, derzeit vom Bundesumweltministerium blockiert wird. Schweizer: „Der Dreh- und Angelpunkt nach europäischen Schutzvorgaben ist die Frage, ob der Wolf in Deutschland einen günstigen Erhaltungszustand hat. Bei schätzungsweise rund 2.000 Wölfen in Deutschland ist dies ganz offensichtlich der Fall. Es ist unverantwortlich, dass Bundesministerin Lemke hier weiter blockiert und damit ein effektives Management des Wolfes verhindert.“

Der Bundestagsabgeordnete für Waldshut und Hochschwarzwald, Felix Schreiner, bedauert ebenfalls, dass sich die Bundesregierung bei dem Thema gegen sämtliche Maßnahmen sperre. „Eine härtere Gangart beim Wolf ist überfällig. Der Wolf sollte künftig rechtlich nicht mehr als eine streng geschützte Art gelten“, so Schreiner. Zudem benötige es ein effektives Wolfsbestandsmanagement nach

dem Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Schweden, mit dem ein weiteres Wachstum der Bestände verhindert und eine vernünftige Reduzierung ermöglicht würde.

In vielen Gegenden Deutschlands, darunter auch im Hochschwarzwald, komme der Wolf dem Menschen und menschlichen Siedlungen immer näher. „Die menschliche Gesundheit und der Schutz des Eigentums müssen immer oberste Priorität haben. Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission haben dafür Sorge zu tragen, dass dieser fundamentale Grundsatz nicht zur hohlen Floskel wird“, sagt Schreiner.

Die CDU-Politiker Schweizer, Hartmann-Müller und Schreiner sind sich einig, dass es rechtlich einfacher als bisher möglich sein müsse, Wölfe aktiv bejagen zu können.